

›Freiheit der Wissenschaft‹ und Kriegsforschung

Zur Auseinandersetzung
um die Zivilklausel an
deutschen Hochschulen:
Historisches und Aktuelles

Dietrich Schulze



›Freiheit der Wissenschaft‹ u. Kriegsforschung
Dietrich Schulze in 44. MV des BdWi
14. April 2013 TU Braunschweig

[Bild]

Humboldt-Uni zu Berlin am 10. April 2013

Blick ins vollbesetzte Auditorium des Audimax mit nicht enden wollendem Beifall für Minister de Maiziere mit Studierenden, die ein Plakat „Krieg dem Krieg“ zeigen.

[Bild]

Humboldt-Uni zu Berlin am 10. April 2013

Blick auf die Bühne des Audimax mit Minister de Maiziere und einen an die 68er-Proteste erinnernden gekonnten "Die-In" mit demonstrierenden Studis, die mit Blutflecken auf ihrer Kleidung Kriegsoffer darstellten. Der Kriegsminister war sprachlos.

Als Material dazu wird der Artikel „Sternstunde an der HU Berlin - Hochschulen für den Frieden und Doppelstrategie gegen Zivilklausel-Bewegung“ <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18942> in Neue Rheinische Zeitung vom 12. April. Das pdf dazu wird in Kopie verteilt: <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130412.pdf>

[Bild]

Humboldt-Uni zu Berlin
am 10. April 2013

Blick auf das Podest im Audimax
mit Minister de Maiziere und
seinen Sicherheitskräften. Im
Vordergrund eine Studierende
aus der "Die-In"-Gruppe,

Presseberichte

[HU-ReferentInnenRat](#)

[BBZivilklausel](#) [BZ](#) [FAZ](#) [Focus](#) [FR](#) [jW](#)

[N24](#) [RP](#) [Spiegel](#) [Tagesspiegel](#) [taz](#)

[Youtube](#) [ZEIT](#)

Audimax HU Berlin
10. April 2013

Minister de Misère
fehlten die Worte!

80 Jahre
Machtübertragung

Keine Redefreiheit für
Kriegspropaganda!

›Freiheit der Wissenschaft‹ u. Kriegsforschung
Dietrich Schulze in 44. MV des BdWi
14. April 2013 TU Braunschweig

Martin Löwenberg (87)

„Die erste politische Veranstaltung, auf der ich nach unserer Befreiung am 7. Mai 1945 aus dem KZ-Außenlager Leitmeritz gesprochen habe, stand unter dem Motto:
Mit den Waffen des Geistes –

Gegen den Geist der Waffen!

Dieser Leitsatz hat mich mein ganzes Leben begleitet. Denn ohne die aktive Unterstützung durch die Deutsche Wehrmacht hätte es keinen Holocaust gegeben. Darum bekämpfe ich auch heute noch den verfluchten deutschen Militarismus bei Gelöbnissen, Sicherheitskonferenzen und im Alltag.“

<http://www.martinloewenberg.de/presseartikel.html>



Widerstandskämpfer aus München. Überlebender des Holocaust

Dietrich Bonhoeffer (1906 – 1945)

„Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Friede muß gewagt werden, ist das eine große Wagnis, und läßt sich nie und nimmer sichern. Friede ist das Gegenteil von Sicherung. Sicherheiten fordern heißt Mißtrauen haben, und dieses Mißtrauen gebiert wiederum Krieg.“

<http://www.dietrich-bonhoeffer-verein.de/index.php?id=48>

Bonhoeffer wurde am 9. April 1945 im KZ Flossenbürg hingerichtet.



- ▶ **I. Unerhört: Zwölf Unis mit Zivilklausel**
- ▶ **II. Meilensteine der Zivilklausel-Bewegung**
- ▶ **III. Uni Darmstadt und „Freiheit der Wissenschaft“**
- ▶ **IV. Herrschende Kriegspolitik und Hochschulen**
- ▶ **V. Grün-Rot BaWü: Rüstungs- und Atomforschung**
- ▶ **VI. Etikettenschwindel: Kriegslist gegen Zivilklausel**
- ▶ **VII. Buckel-Konferenz am KIT Karlsruhe Juni 2012**
- ▶ **VIII. Perspektiven, Vernetzung und Kooperation**
- ▶ **IX. Verantwortung: Mut und Ausdauer**

12 Unis mit Zivilklausel



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DARMSTADT

GOETHE
UNIVERSITÄT
FRANKFURT AM MAIN



Universität
Rostock



th.

TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
ILMENAU



Hochschule Bremerhaven

53°32' N

HOCHSCHULE BREMEN
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

EBERHARD KARLS

UNIVERSITÄT
TÜBINGEN



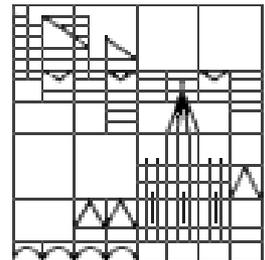
Bilanz 30. Januar 2013: Fünf historische Zivilklauseln (unten) und sieben neue (oben) seit Urabstimmung am KIT Karlsruhe Jan. 2009



Universität Bremen



Universität
Konstanz



technische universität
dortmund

NatWiss-Umfrage Natascha Bisbis
„Wissenschaft & Frieden“ 2/2010

›Freiheit der Wissenschaft‹ u. Kriegsforschung
Dietrich Schulze in 44. MV des BdWi
14. April 2013 TU Braunschweig

An welchen Hochschulen gibt es welche Rüstungsforschung?

An allen großen naturwiss.-technischen Hochschulen gibt es Rüstungsforschung, häufig verdeckt, abgestritten, als Sicherheitsforschung getarnt, in Kooperation mit Fraunhofer-Instituten und Forschungs-Clustern wie CoTeSys München, Rüstungsparks wie in Augsburg im Entstehen, traditionelle Technik- u. Atom-Schmieden wie KIT, Drohnenforschung wie am KIT und in Tübingen, EADS-Kooperationsverträge wie in Konstanz, Uni-Kooperation mit Rüstungsstandorten wie in Bremen, wehrmedizinisch getarnte Anti-Chemiewaffenforschung wie in Göttingen und Tübingen, soziologische Besatzungswissenschaft wie in Potsdam und Oldenburg und so weiter und so sofort.

Meilensteine der Zivilklausel-Bewegung I

Jan. 2009 Urabstimmung an Uni Karlsruhe mit 63 Prozent Zustimmung zur Zivilklausel
„Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke.“

Mai 2009 Internationaler Appell INES
“Abandonment of Military Research. Support the University of Karlsruhe/Germany to keep their Civil Clause” mit Hiroshima-Bürgermeister und Nobelpreisträgern als Erstunterzeichner.

Dez. 2009 Der Friedenswissenschaftler und Whistleblower Subrata Ghoshroy aus den USA spricht im voll besetzten Streikhörsaal der Uni Karlsruhe über die verheerenden Folgen der Militarisierung am Beispiel des MIT (Massachusetts Institute of Technology „Pentagon on the Charles“).

Dez. 2009 Senat der Uni Tübingen beschließt auf Initiative des Bildungstreiks eine Zivilklausel als Präambel zur Grundordnung (rechtskräftig Sept. 2010 mit Zustimmung derjenigen Landesregierung, die die Klausel als verfassungswidrig bezeichnet hatte).

Febr. 2010 Konferenz „Kooperation für den Frieden“ in Heidelberg mit neun Thesen AK Rüstungsforschung.



›Freiheit der Wissenschaft‹ u. Kriegsforschung
Dietrich Schulze in 44. MV des BdWi
14. April 2013 TU Braunschweig

Meilensteine der Zivilklausel-Bewegung II

Nov. 2010 Tagung „Kriegsforschung oder Zivilklausel?“ an FH Frankfurt a.M. mit hessen- und bundesweiter Ausstrahlung. Aktiv: GEW-Gruppe der Uni Frankfurt.

Dez. 2010 An Uni Köln endet die zweite Urabstimmung für die Zivilklausel mit 65 % JA. Nachhaltig aktive Rolle des AK Zivilklausel.

Febr. 2011 Über 60 Bremer ProfessorInnen wenden sich gegen die Aushöhlung der universitären Autonomie und Freiheit durch privatwirtschaftlich finanzierte Stiftungsprofessuren (Rüstungsfirma OHB, siehe Wikileaks Spionagesatellit HiROS).

Mai 2011 Uni Braunschweig Kongress gegen Rüstungsforschung (erster seit zwei Jahrzehnten) verbunden mit internationalem Seminar. TeilnehmerInnen aus 34 Hochschulen. Kurz davor Gründung des bundesweiten Bündnisses „Hochschule für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ mit aktiver Beteiligung der Gewerkschaften.

Juni 2011 Konzil der Uni Rostock beschließt auf Initiative der Studierenden mit großer Mehrheit eine Zivilklausel als Ergänzung der Grundordnung.

Januar 2012 Akademischer Senat Uni Bremen weist OHB-Erpressungsversuch zurück, bekräftigt die Zivilklausel von 1986 und übernimmt sie in Leitsätze.



›Freiheit der Wissenschaft‹ u. Kriegsforschung
Dietrich Schulze in 44. MV des BdWi
14. April 2013 TU Braunschweig

Meilensteine der Zivilklausel-Bewegung III

Januar 2012 Die Studierenden der Uni Frankfurt votieren in einer Urabstimmung mit $\frac{3}{4}$ -Mehrheit für eine Zivilklausel für die Grundordnung (vierte Ur-Abstimmung nach Karlsruhe, Köln und FU Berlin).

Juni 2012 Kongress gegen Kriegsforschung am KIT Karlsruhe (Ursprungsort der Zivilklausel-Bewegung mit Rückblick auf ähnlichen Kongress an der Uni 25 Jahre zuvor) mit Streitschrift „Jetzt entrüsten! Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder »Kriegsdienst«leister?“ über die Kongressergebnisse.

Juni 2012 Vollversammlung der Studierenden der Uni Augsburg beschließt Forderung nach Zivilklausel in Verbindung mit Transparenzklausel (Veröffentlichung aller Drittmittelvorhaben mit Drittmittelgeber, Zeitraum, Projektverantwortliche, Finanzvolumen und Zielsetzung vor Projektbeginn).

Sept./Okt. 2012 Vollversammlung der TU Darmstadt beschließt Zivilklausel für die Grundordnung. Senat setzt den Beschluss kurz darauf um. Innovation: Zivilklausel als prozeßhafter Auftrag an verantwortungsbewusste Wissenschaft. Rechtliche Bewertung: Gemäß Hess. HSG 2009 und BVerfG 1978 kein unzulässiger Eingriff in die grundgesetzlich geschützte Freiheit der/des einzelnen WissenschaftlerIn.



›Freiheit der Wissenschaft‹ u. Kriegsforschung
Dietrich Schulze in 44. MV des BdWi
14. April 2013 TU Braunschweig

Meilensteine der Zivilklausel-Bewegung IV

Januar 2013 An der Uni Kassel stimmten 72 Prozent der Studierenden bei der Ur-Abstimmung für die Aufnahme folgender Zivilklausel in die Grundordnung: *„Forschung, Lehre und Studium an der Universität Kassel dienen ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken. Unter Berücksichtigung der Frage, ob zivile Zwecke verfolgt werden, sind alle Drittmittel in Bezug auf Drittmittelgeber, Zeitraum, Projektverantwortliche, Finanzvolumen, Zielsetzung und Fragestellung vor Beginn des Projekts öffentlich bekannt zu geben.“*



Nach Uni Karlsruhe Jan. 2009, Uni Köln Dez. 2010, FU Berlin Jan. 2011 und Uni Frankfurt a.M. Jan. 2012 die fünfte erfolgreiche Urabstimmung.

Januar 2013 Senat Uni Frankfurt a.M. beschließt einstimmig die Aufnahme der folgenden Zivilklausel in die Präambel der Grundordnung: *„Lehre, Forschung und Studium an der Goethe-Universität dienen zivilen und friedlichen Zwecken.“* (die Zwölfte)

März 2013 Erstmals gewerkschaftlicher Schwerpunkt-Report zur Zivilklausel. ver.di-Fachbereich „Bildung, Wissenschaft und Forschung“ mit dem Titel »Zivilklauseln gegen Rüstungsforschung – Der Widerstand gegen eine Militarisierung der Bildung wächst«.

›Freiheit der Wissenschaft‹ u. Kriegsforschung
Dietrich Schulze in 44. MV des BdWi
14. April 2013 TU Braunschweig

Zivilklausel für TU Darmstadt I

**Beschluss Universitätsversammlung
am 12. Sept. 2012 zur Aufnahme in
die Präambel der Grundordnung:**



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DARMSTADT

**„Forschung, Lehre und Studium an der Technischen
Universität Darmstadt sind ausschließlich friedlichen
Zielen verpflichtet und sollen zivile Zwecke erfüllen;
die Forschung, insbesondere die Entwicklung und
Optimierung technischer Systeme, sowie Studium
und Lehre sind auf eine zivile Verwendung
ausgerichtet.“**

Zivilklausel für TU Darmstadt II

Universitätsversammlung 12.9.2012 - Rechtliche Rahmenbedingungen

Aus rechtlicher Sicht greift die in der Grundordnung vorgesehene Zivilklausel nicht unzulässig in die in Art. 5 Abs. 3 grundgesetzlich geschützte Freiheit des einzelnen Wissenschaftlers/der einzelnen Wissenschaftlerin ein. Das Spannungsfeld zwischen der grundgesetzlich garantierten Forschungsfreiheit des einzelnen Wissenschaftlers/der einzelnen Wissenschaftlerin ist in § 28 Hessisches Hochschulgesetz, welcher durch TU-Gesetz und Grundordnung nicht geändert werden kann und zwingend zu beachten ist, dargestellt:

Die Freiheit der Forschung (Art. 5 Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes) umfasst insbesondere die Fragestellung, die Methodik sowie die Bewertung des Forschungsergebnisses und seine Verbreitung. Entscheidungen der zuständigen Hochschulorgane in Fragen der Forschung sind insoweit zulässig, als sie sich auf die Organisation des Forschungsbetriebes, die Förderung und Abstimmung von Forschungsvorhaben und auf die Bildung von Forschungsschwerpunkten beziehen; sie dürfen die Freiheit im Sinne von Satz 1 nicht beeinträchtigen.“ (1)

(1) § 28 Hessisches Hochschulgesetz vom 14. Dezember 2009, GVBl. I 2009, S. 666, 675.

›Freiheit der Wissenschaft‹ u. Kriegsforschung
Dietrich Schulze in 44. MV des BdWi
14. April 2013 TU Braunschweig

Zivilklausel für TU Darmstadt III

Die TU Darmstadt kann demnach zur Frage des „Wie“ der Forschung u.a. durch die in der Grundordnung vorgesehene Zivilklausel als generelle Vorgabe zur Organisation des Forschungsbetriebes an der Universität, die Forschungsfreiheit ihrer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zulässig einschränken. Daneben schränken auch die universitätsinternen Entscheidungen zur Förderung oder Nicht-Förderung von Forschungsvorhaben sowie zur Bildung oder Nicht-Bildung von Forschungsschwerpunkten die Forschungsfreiheit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an der TU Darmstadt zulässig ein. Bereits in seinem Beschluss vom 1.3.1978, Az. 1 BvR 174, 178, 191/71; 333/75 zur Verfassungsgemäßheit des § 6 Hessisches Universitätsgesetz 1974 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die Forschungs- und Lehrfreiheit an den Universitäten nicht grenzenlos gilt, sondern dass die Wissenschaft sich an den durch die Verfassung geschützten Rechtsgütern zu orientieren hat und dies ggf. auch eine Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemen erfordert. (2)

(2) BVerfG, Beschluss vom 1.3.1978, Az. 1 BvR 174, 178, 191/71; 333/75, C.I.1 a.E; u.a. veröffentlicht in NJW 1978, S. 1621 ff., S. 1621 ff.

Wessen Freiheit wird eingeschränkt?

„Gegner einer Zivilklausel sehen in ihr eine Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit. Zudem verweisen viele Kritiker auf die Dual-Use-Problematik und betonen wie etwa der Tübinger Neurobiologe Niels Birbaumer, dass jede Art von Forschung letztlich militärisch genutzt werden könnte.

Christoph Wiesner hingegen hält diese Argumente für wenig überzeugend. Schließlich gehe es nicht darum, wichtige Grundlagenforschung zu verbieten, sondern darum, dafür zu sorgen, dass militärische Interessen nicht bereits von vornherein Fragestellung und Zielrichtung der Forschung und Lehre bestimmen.“

Publik-Forum

Zivilklausel leben - wachsam sein

„»Wenn die Zivilklausel installiert ist, fängt die eigentliche Arbeit erst an«, betont Andreas Seifert, Vorstandsmitglied der Tübinger Informationsstelle Militarisierung. Und auch der Ingenieur Dietrich Schulze, von 1984 bis 2005 Betriebsratsvorsitzender des Forschungszentrums Karlsruhe und einer der Repräsentanten der Zivilklausel-Bewegung, sagt: »Eine Zivilklausel allein genügt nicht, sie muss gelebt werden durch eine ständige Auseinandersetzung über das, was geforscht und gelehrt wird.«“

Aus Publik-Forum Nr. 10 vom 18. Mai 2012

›Freiheit der Wissenschaft‹ u. Kriegsforschung
Dietrich Schulze in 44. MV des BdWi
14. April 2013 TU Braunschweig

Transparenz vs. **Geheimhaltung**

„Forschendes Kriegsgemauschel“

Kommentar zu der für das KIT-Gesetz versprochenen und von der Grünen Wissenschaftsministerin als "nicht mehr zeitgemäß" eingestuften Zivilklausel:



„Demokratie im Rüstungssektor und in der Kriegsforschung war noch nie zeitgemäß, so auch heute nicht. Denn Rüstungs-Aufträge auch an Universitäten wurden und werden bislang nicht offengelegt oder gar öffentlich diskutiert. Kriegsvorbereitung ist Verschlussache. Gerade dagegen wenden sich die ‚unzeitgemäßen‘ Kritiker dieser Praxis. Wenn Zivilklauseln, ob nur universitär oder gesetzlich verankert, die Offenlegung fragwürdiger Zuwendungen zur Pflicht machen würden, hätte es ein Ende mit dem Geschacher hinter verschlossenen Türen und dem forschenden Kriegsgemauschel im Geheimen.“

aus wdr3-Sendung am 22. Juni 2012

›Freiheit der Wissenschaft‹ u. Kriegsforschung
Dietrich Schulze in 44. MV des BdWi
14. April 2013 TU Braunschweig

Drittmittel: Unabhängigkeit und Transparenz

Erklärung DHV 20. März 2012

DEUTSCHER
HOCHSCHUL
VERBAND

Köpfe die Wissen schaffen

Die Unabhängigkeit der Wissenschaft setzt eine ausreichende Grundfinanzierung von Forschung und Lehre voraus. Daran mangelt es aber: Neun von zehn Wissenschaftlern haben in den letzten fünf Jahren Drittmittel beantragt, weil sie nur auf diese Weise Projektmitarbeiter beschäftigen können. Solange Einwerbungserfolge bei Drittmitteln reputations- bzw. karrierefördernd wirken, finanziell belohnt werden und sich immer mehr zum Fetisch und zur Währung des Wissenschaftsbetriebs entwickeln, wächst die Gefahr sachfremder Einflüsse auf die Wissenschaft. Der DHV sieht deshalb die wachsende Abhängigkeit von Drittmitteln in der Forschungsförderung mit Sorge. Auf einen Euro Drittmittel entfielen im Jahr 1995 zwei Euro Grundmittel für die Forschung, 2008 waren es hingegen nur noch 85 Cent. **Vor diesem Hintergrund ist die Koppelung der Grundfinanzierung an das Drittmittelaufkommen ein Irrweg.**

Der DHV ruft alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dazu auf, **alle nicht aus der staatlichen Grundausrüstung finanzierten Forschungsprojekte und Drittmittelprojekte einschließlich der Auftraggeber offenzulegen**, z. B. auf der Homepage des Instituts. Nach Ansicht des DHV können sich die dazu notwendigen Angaben auf den Namen des Geldgebers, die Höhe der Förderung und die Dauer der Zuwendung beschränken.

www.hochschulverband.de/cms1/969.html

›Freiheit der Wissenschaft‹ u. Kriegsforschung
Dietrich Schulze in 44. MV des BdWi
14. April 2013 TU Braunschweig

Zivilklauselpraxis Uni-Rektoren

Universitäre Freiheitskämpfer - Exzellente Ignoranz gegenüber der selbstverpflichtenden Zivilklausel

Uni Bremen: Rektor Prof. Dr. Winfried Müller Bericht in Spiegel-Online 13. Juni 2012 „Streit um Militärforschung - Lassen Sie die Waffen fallen“. In der Amtszeit des Rektors wurde direkt gegen die Zivilklausel verstoßen mit Forschung für den Bremer Weltraumrüstungskonzern OHB. Jetzt übt er Geheimhaltung, welche Institute, Gremien und Personen für die Verstöße verantwortlich sind. Uni Karlsruhe war dabei.

Uni Konstanz: Rektor Prof. Dr. Ulrich Rüdiger Bericht in Seemoz-Online vom 21. Juli 2011 „Was hat Uni-Rektor Rüdiger zu verbergen?“ Die berechtigte Kritik am EADS-Vertrag hat bis heute zu keinerlei Konsequenzen geführt.

Uni Tübingen: Rektor Prof. Dr. Bernd Engler Brief des DGB AK Tübingen vom 2. Aug. 2011 an Rektor und Senat „Zivilklausel der Universität Tübingen: ‚Geheimschutz‘ für BMVg-finanzierte Forschung an der Universität Tübingen“. Obwohl ein doppelter Verstoß belegt wird, gibt es bis heute keine Antwort. Gegen die Zivilklausel wird mit Rüstungsforschung in Zusammenhang mit Chemiewaffen verstoßen als auch gegen das mit der Zivilklausel verknüpfte Transparenzgebot durch Billigung eines Geheimnisses.

Theorie und Praxis

Zum Beispiel Ernst Schmachtenberg

Rektor RTWH Aachen und TU9-Präsident Interview VDI nachrichten 7.9.2012

„Wir Deutschen haben mit Rüstungsforschung eine Menge Unheil angerichtet. Ich halte diesen Weg für eine offene Universität in Deutschland für ungeeignet. Wenn Rüstungsforschung politisch gewollt ist, soll sie an eigens dafür eingerichteten Forschungsinstituten etabliert werden, nicht bei uns. Wir fordern aber nicht mehr Rüstungsforschung, sondern eine bessere Grundfinanzierung.“

Er macht allerdings das Gegenteil, z.B. eine Doppelberufung mit dem rein militärischen FhG INT in Euskirchen. Keine Antwort auf Offenen Brief nach Podium am 29.10.12 [http://www.aixpaix.de/aachen/Brief an RWTH-Rektor.pdf](http://www.aixpaix.de/aachen/Brief_an_RWTH-Rektor.pdf). Ebenso zivilmilitärische Doppelberufung KIT und FhG IOSB Karlsruhe / Ettlingen geplant. Artikel in Neue Rheinische Zeitung am 20.2.13 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18886>

Hier eine Karlsruher Stimme

„HRK-Vorsitzender Horst Hippler nahm den Zusammenhang zwischen den Anschlägen vom 11. September 2001 und dem akademischen Umfeld der Attentäter zum Anlass, um erneut die Notwendigkeit einer offenen Debatte auch an Hochschulen zu fordern. **In diesem Zusammenhang bezeichnete er die Zivilklausel an deutschen Hochschulen als Einschränkung der Freiheit von Forschung und Lehre.“**

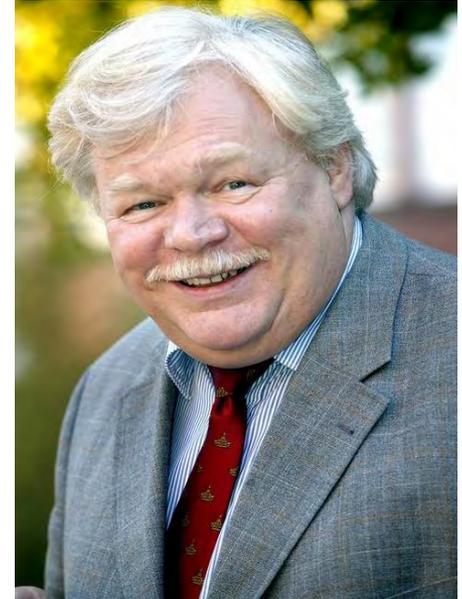


Foto: NRhZ-Achiv

Aus dem Bericht über das gemeinsame Kolloquium der Bundesakademie für Sicherheitspolitik BAKS und des Beirats für Fragen der Inneren Führung der Bundeswehr am 5.9.2012 zum Thema „Sicherheit gemeinsam gestalten“

... und die 2. Karlsruher Stimme

„Eine solche Klausel steht im Widerspruch zur Freiheit von Forschung und Lehre, die im Grundgesetz Artikel 5 verankert ist. [...] Außerdem ist Forschung für die Bundeswehr auch im Grundgesetz abgesegnet. [...] Wir müssen doch interessiert sein, dass unsere Soldaten im Auslandseinsatz die bestmögliche Ausrüstung bekommen.“



Foto: NRhZ-Archiv

KIT-Präsident Prof. Eberhard Umbach laut dpa-Dossier
Bildung Forschung Nr. 31/2012

Jugendsünde von Wissenschaftsministerin Bauer

„Am 13. Dez. 2011 wurde vom Studierendenparlament eine Stellungnahme zum Anhörungs-Weiterentwicklungsgesetzes beschlossen, die dem Wissenschaftsministerium zugeschickt und persönlich übergeben wurde. Außerdem gab es am 20. Dez. eine Informationsveranstaltung mit Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, und Theresia Bauer, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst.



Die Veranstaltung zeichnete sich vor allem durch mäßigen Andrang und dadurch aus, dass die Frau Ministerin viel geredet hat, ohne etwas zu sagen. Zu den wenigen ihrer interessanten Aussagen zählt die, dass sie es als **Jugendsünde** bezeichnete, 2009 bei der Verabschiedung des KIT-Gesetzes einen Änderungsantrag mit der Forderung nach einer Zivilklausel gestellt zu haben.“

Newsletter UStA KIT 6. Januar 2012

›Freiheit der Wissenschaft‹ u. Kriegsforschung
Dietrich Schulze in 44. MV des BdWi
14. April 2013 TU Braunschweig

... und im Landtag am 9. Mai 2012

Im Bild den Satz aus dem Flyer zur Mahnwache vor dem Landtag „Der Widerstand gegen einen sich entwickelnden zivilmilitärisch-industriellen Forschungskomplex KIT werde fortgesetzt.“

zitierend, der ihr offenbar besonders missfallen hatte.



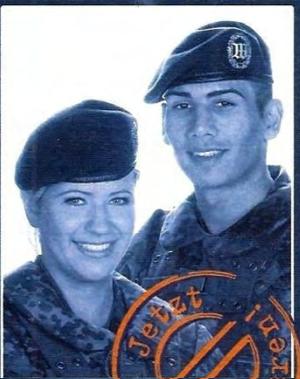
Die herrschende Kriegspolitik

- ▶ **Kriegs- und Rüstungspropaganda** De Maiziere & Gauck
„Mutbürger in Uniform“
- ▶ **De Maiziere: Drohnenbewaffnung** wegen Zielgenauigkeit, Schonung von Zivilisten und eigenen Soldaten. Im Einklang mit Völkerrecht und ethisch geboten. **Grüße von George Orwell.**
„Sicherheit und Verteidigung“ Schavan hat Rüstungskonzerne aus Forschungshaushalt gesponsert. Extra-Mittel für Exzellenz-
▶ **Unis bei hohen Drittmiteleinahmen.**
Zivilmilitärischer Kreislauf:
 - >>> **DHV-Erklärung (Folie 19)**
 - >>> **Bremen, Tübingen, Konstanz (Folie 20)**
 - >>> **Bonhoeffer-Zitat (Folie 3)**



Neu ab 01. 07. 2011

Freiwilliger Wehrdienst für junge Frauen und Männer



Ihre Chance: eine abwechslungsreiche Tätigkeit, Überbrückung der Wartezeit bis zum Studium oder der Berufsausbildung bei attraktivem Gehalt

Dauer: bis zu 23 Monate, davon die ersten 6 Monate Probezeit mit der Möglichkeit, den Dienst jederzeit zu beenden

Bei Interesse: informieren Sie sich unter unserer Karriere Hotline 0800 / 9 80 08 80 (bundesweit kostenfrei) oder unter www.bundeswehr-karriere.de

Bewerbungen von Frauen sind erwünscht. Sie werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt.

Bundeswehr – Armee im Kriegseinsatz

Verteidigungspolitische Richtlinien 2011:
„Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten“

„Deutschland ist bereit, **als Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillens** und staatlicher Souveränität zur Wahrung seiner Sicherheit das gesamte Spektrum nationaler Handlungsinstrumente einzusetzen. Dies beinhaltet auch den Einsatz von Streitkräften.“

„Einsatz von Streitkräften im gesamten Intensitätsspektrum.“

„Zu den deutschen Sicherheitsinteressen gehören: »einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.«“

„Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung. Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu geordnet.“

„Zugangsbeschränkungen können konfliktauslösend wirken.“

»Freiheit der Wissenschaft« u. Kriegsforschung
Dietrich Schulze in 44. MV des BdWi
14. April 2013 TU Braunschweig

Anzeige
21/2011 **stern** 101

Gleiwitz II im Angebot

- ▶ **NATO-Kriegspolitik:** Atomwaffen in Büchel werden modernisiert statt abgezogen. >>> Erstschlagsdoktrin <<<
- ▶ **BRD-Kriegspolitik Syrien / Iran:** „Patriot“-Stationierung war nach dem Muster von Gleiwitz eingefädelt. Werfergranate aus Syrien, die am 3. Oktober 2012 im türkischen Grenzdorf Akcakale einschlug und fünf Menschen tötete, eine Mutter und ihre vier Kinder, stammt eindeutig aus NATO-Beständen.
- ▶ **Verhöhnung von Wehrmacht-Opfern:** St'Anna di Stazzema. 560 italienischen Zivilisten werden im August 1944 von Waffen-SS-Einheit unfassbar brutal ermordet. Stuttgarter Staatsanwalt Häußler sabotiert Anklage-Erhebung. Das Mordmerkmal „niedere Beweggründe“ sei nicht nachweisbar.

Verhöhnung von Nazi-Opfern



Enrico Pieri, ein Überlebender des Massakers besuchte kürzlich die Staatsanwaltschaft und wurde noch nicht einmal empfangen. Und nun die Krönung: Bundespräsident Gauck besucht daraufhin im März St'Anna, umarmt den Überlebenden Pieri und verteidigt die verlogene Häußler-Position.

Forscher arbeiten für Vernichtungskrieg

Walther Schnurr: Hitlers Sprengstoff-Experte. Atom-bombenbastler und dann Kernforschungschef

junge Welt 23.10.2008: „Erster Geschäftsführer des Kernforschungszentrums Karlsruhe war der Deutsch-Argentinier Walther Schnurr. Während der Nazidiktatur arbeitete er als Munitions- und Kampfstoffexperte für die IG Farben; nach Ende des Zweiten Weltkrieges flüchtete er nach Argentinien. Von dort holte ihn Atomminister Franz-Josef Strauß (CSU) zehn Jahre später zurück.“ Der Chemiker Schnurr half Peron beim Bau von A-Bomben und setzte die verdeckte atomare Zusammenarbeit mit Argentinien als wissenschaftlicher Geschäftsführer des Kernforschungszentrums Karlsruhe fort. **Sein Kompagnon, der Jurist und administrative Geschäftsführer Rudolf Greifeld, war Hitlers ranghöchster Militär im besetzten Paris, u.a. für Drancy, die Vorhölle von Auschwitz zuständig. 1974 konnte er wegen einer antisemitischen Affaire von Leon Grünbaum enttarnt werden.**



Schnurr, Greifeld
Bild: Archiv FZK

KIT-Ehrensенator Rudolf Greifeld

Schreiben 11. Sept. 2012 an KIT-Präsident

Aufgrund der Recherchen und von Leon Grünbaum und den Klarsfelds Anfang der 1970er Jahre konnte Greifelds aktive Rolle bei der Judenverfolgung nicht länger vertuscht werden. Er war als Manager einer öffentlichen Forschungseinrichtung untragbar geworden. Das alles ist dem Gremium der Universität Karlsruhe bei der Beschlussfassung im Jahr 1969 mit Sicherheit nicht bekannt gewesen. Einen Antisemiten mit Nazi-Vergangenheit als KIT-Ehrensенator zu führen, ist eine Schande und fügt dem Ansehen des KIT großen Schaden zu. **Wir ersuchen Sie hiermit, Herr Prof. Umbach, Ihre Autorität dafür einzusetzen, dass diese Ehrensенatorwürde annulliert wird.**

Drei ehemalige Beschäftigte des Kernforschungszentrums



Rudolf Greifeld, Herrmann Giesler, Albert Speer, Adolf Hitler und Arno Breker am 28. Juni 1940 in Paris (v.l.n.r.) Quelle: www.juedische-allgemeine.de

›Freiheit der Wissenschaft‹ u. Kriegsforschung
Dietrich Schulze in 44. MV des BdWi
14. April 2013 TU Braunschweig

Pressemitteilung

26. März 2013

Ehrensensatorwürde für Rudolf Greifeld beenden!

Dr. Rudolf Greifeld, 1956 einer der Gründungsmanager des Kernforschungszentrums Karlsruhe, wurde im Zuge des Bekanntwerdens seiner Nazi-Vergangenheit 1974 vorzeitig in seiner Funktion abgelöst. Dennoch konnte sich das Präsidium des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) bisher nicht zu einer Aberkennung der Ehrensensatorwürde entschließen, die Greifeld 1969 von der Universität Karlsruhe ohne Kenntnis seiner Nazi-Vergangenheit verliehen wurde. **Die unterzeichnenden Organisationen und Gruppierungen mahnen weiterhin dringend die Annullierung dieser Ehrung an. 15 Gruppen >>>>**

Kontakt:

Dr. Dietrich Schulze dietrich.schulze@gmx.de mobil +49160 9911 3131

PM mit Quellen-inks hier www.stattweb.de/files/civil/Doku20130326.pdf

Mehr in der Web-Dokumentation

www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf



Insberg
Marum



Initiative Karlsruher Jugend



›Freiheit der Wissenschaft‹ u. Kriegsforschung
Dietrich Schulze in 44. MV des BdWi
14. April 2013 TU Braunschweig

Ungeliebte Kriegsforschung

Süddeutsche Zeitung 27. Februar 2012

De Maizière in „Welt“-Interview 3.2.12
zur Münchener Sicherheitskonferenz

„Dagegen erkenne ich keinen großen
intellektuellen Beitrag der deutschen
Universitäten zur Frage von Krieg und Frieden.“



Die SZ-Autorin hat die Mahnung, die Kriegswissenschaft zu verstärken, verstanden: **“De Maiziere wünscht sich nun Antworten auf aktuelle Fragen. Zum Beispiel: Dürfen Armeen Drohnen im Kampf einsetzen? Dürfen sie private Sicherheits-firmen einspannen? Wie sollten Staaten auf einen Cyberangriff reagieren?”**

Christoph Marischka, Tübingen, IMI-Standpunkt 12/011 „Die Offensive der Kriegsforscher“

Ministre de Misère

Im Campus Magazins UNICUM (Dez. 2012), hoch erfreut über das unterwürfige Interview, geht der oberste »Pflichtverteidiger« zum offenen Angriff über: Angesprochen auf die sogenannte „Zivilklausel“ sagt de Maizière, dass die Forschungsaufträge, die die Bundeswehr an Universitäten vergibt, „im Volumen sehr klein“ sind. 10 Millionen Euro gehen an alle Universitäten und Forschungseinrichtungen in Deutschland, bei einem Forschungs- und Entwicklungsetat im Verteidigungsministerium in Höhe von 900 Millionen Euro.

Der Minister hält die Einführung einer Zivilklausel für einen Verstoß gegen die Wissenschaftsfreiheit des einzelnen Wissenschaftlers. Darüber hinaus „führt sie zu einer Zweck- und Zielprüfung der Forschung, was nicht in Ordnung ist“.



Der Minister äußert sich zu den Bundeswehruniversitäten
(Quelle: Sven Hagaloni)
Foto: Webseite BMVg

Offene Dialoge statt ideologische Verbote!



Bundesverband Sicherheitspolitik
an Hochschulen

"Zivilklauseln an deutschen Universitäten erschweren den offenen sicherheitspolitischen Diskurs erheblich. **Der BSH spricht sich gegen Zivilklauseln an deutschen Universitäten und Hochschuleinrichtungen aus.**"



Kein Raum für »Teufelszeug«

“Das [**Drittmittelzwang und rüstungskritische Grundhaltung**] kann in einem Dilemma münden, wenn deutsche Rüstungsunternehmen oder die Bundeswehr versuchen sollten, Hochschulen für ihre Zwecke forschen zu lassen. Wer allerdings Soldaten mit Lehrauftrag unter Aufsicht stellt oder Andersdenkende an Unis mundtot machen will, **der missbraucht die Zivilklausel.**“

Die verminte Grenze oder Balanceakt zwischen Krieg und Frieden

Süddeutsche Zeitung 2.4.2013

Zitat von Thomas Nielebock (Uni Tübingen, Herausgeber des Nomos-Buchs „Zivilklauseln für Forschung, Lehre und Studium - Hochschulen zum Frieden verpflichtet“) beobachtet starken Trend zur Zivilklausel und erklärt, dass bei Forschungsprojekten an den Unis mit zivilem Aspekt „die militärische Anwendung aber im Hinterkopf immer mitgedacht werden muss.“

Das Buch propagiert einen Etikettenschwindel als Kriegslist gegen die Zivilklausel-Bewegung, eine Orwell“sche „Friedensklausel“, mit der der Kriegsminister, der Reservisten-Verband und der Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen gut leben können. Und dieses Placebo geht auf Dienstreise.

Beispiel: Vorgeschlagene Zivilklausel-Farce an FU Berlin (OSI) mit Promotion durch Sven Chojnacki SFB 700 (NRhZ 20.2.13 »Klima der Selbstzensur«).

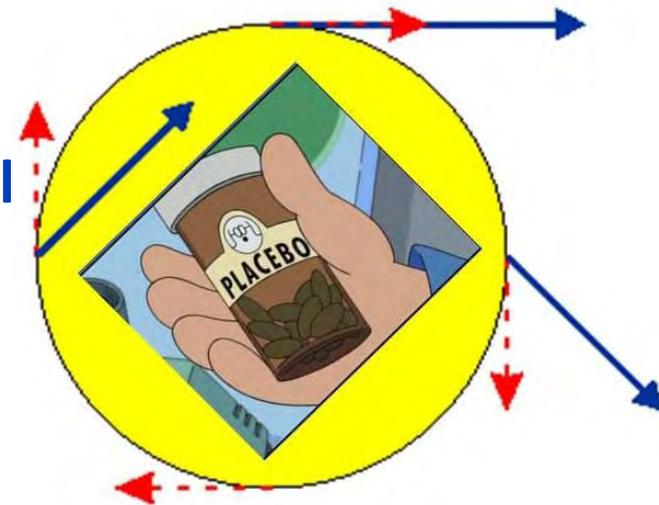
Rezension Nomos-Buch von Peer Heinelt (german-foreign-policy.com 13.11.12).

Sternstunde an HU Berlin

Toller Protest der Studierenden an der Humboldt-Uni zu Berlin –
Ministre de Misère sprachlos (Folien 2-4)

Gleichnamiger Artikel zur Thematik „Hochschulen für den Frieden
und Doppelstrategie gegen Zivilklausel-Bewegung“ am 12. April
bei NRhZ veröffentlicht. Zwischenüberschriften:

- ▶ Keine Redefreiheit für Kriegspropaganda
- ▶ Etikettenschwindel als Kriegslüge
- ▶ Zivilmilitärische Auslegung der Zivilklausel
- ▶ Placebo auf Dienstreise
- ▶ Unsere Antwort auf die Doppelstrategie



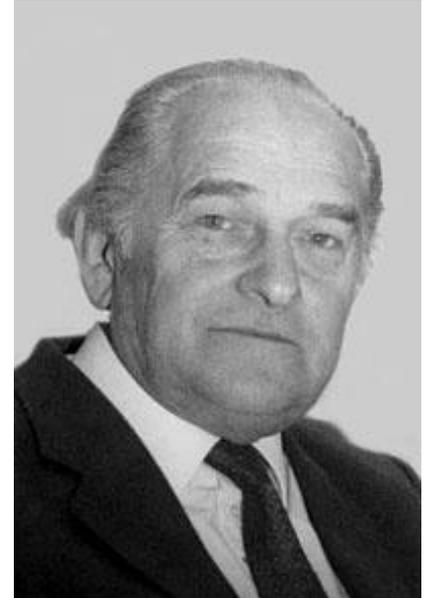
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18942>

Buckel-Konferenz 15./16. Juni

Mit den Waffen des Geistes – Gegen den Geist der Waffen

Ergebnisbericht der AG Zivilklausel

- ▶ Aufklärung über die konkreten Zwecke von Forschung und Lehre an den Hochschulen. Militärforschung öffentlich machen.
- ▶ Aufhebung Geheimschutz für militärisch relevante Sicherheitsforschung. Unterste Grenze der Transparenz ist Verhinderung von Geheimhaltung.
- ▶ Bundesweite Unterschriftensammlung an Hochschulen, sich nicht an Forschung und Lehre für militärische Zwecke zu beteiligen. Beispiel aus der Vergangenheit ist Ablehnung des SDI-Programms 1986.
- ▶ **Das Allerwichtigste:** Die politische Diskussion in und außerhalb der Hochschulen über Ziele und Zwecke: **Entweder Forschung für eine soziale Gesellschaft oder Forschung für eine Gesellschaft, die Interventionskriege in aller Welt führt.**



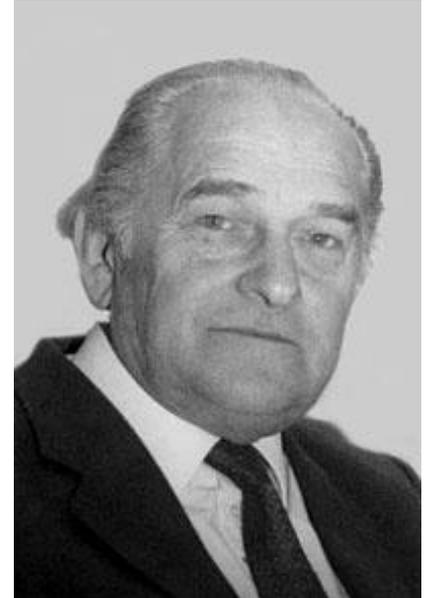
›Freiheit der Wissenschaft‹ u. Kriegsforschung
Dietrich Schulze in 44. MV des BdWi
14. April 2013 TU Braunschweig

Buckel-Konferenz 15./16. Juni

Mit den Waffen des Geistes – Gegen den Geist der Waffen

Ergebnisse Podium Friedenswissenschaft,
Studierendenschaft, Gewerkschaft
und Politik

- ▶ **Beendigung KIT Atomreaktorforschung (Generation IV, Transmutation)**
- ▶ **Verankerung der Zivilklausel im KIT-Gesetz und für alle Hochschulen Baden-Württembergs im Landeshochschulgesetz**



Jetzt entrüsten!

Streitschrift gegen Kriegsforschung

Pünktlich zur Aktionswoche im Sept. 2012 „Militärfreie Bildung und Forschung“ ist im Verlag Peter Grohmann Die AnStifter eine 48-seitige Streitschrift über den Karlsruher Kongress gegen Kriegsforschung unter dem Titel **Jetzt entrüsten! Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder Kriegs»Dienstleister«** (ISBN 978-3-944137-01-8) erschienen.

Themen: Verantwortung der Wissenschaften, Irrweg Atomkraft, Zivilklausel, Dual Use, Atomforschung, Drohnen für Krieg und Überwachung.

Dazu Podiumsdiskussion. Vorwort von **Heribert Prantl** (Süddeutsche Zeitung) und Geleitwort **Wolfram Wette** (Freiburger Friedensforscher).

Bestellungen an: Verlag Peter Grohmann bzw. DFG-VK Baden-Württemberg Kontakt: Roland Blach und Dr.-Ing. Dietrich Schulze Ini WebDoku www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf



Informationsstelle Militarisation
(IMI) e.v. Rüstungsatlas
Baden-Württemberg

»Freiheit der Wissenschaft« u. Kriegsforschung
Dietrich Schulze in 44. MV des BdWi
14. April 2013 TU Braunschweig

Webdokumentation der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten

Zivilklausel **oder** Militärforschung

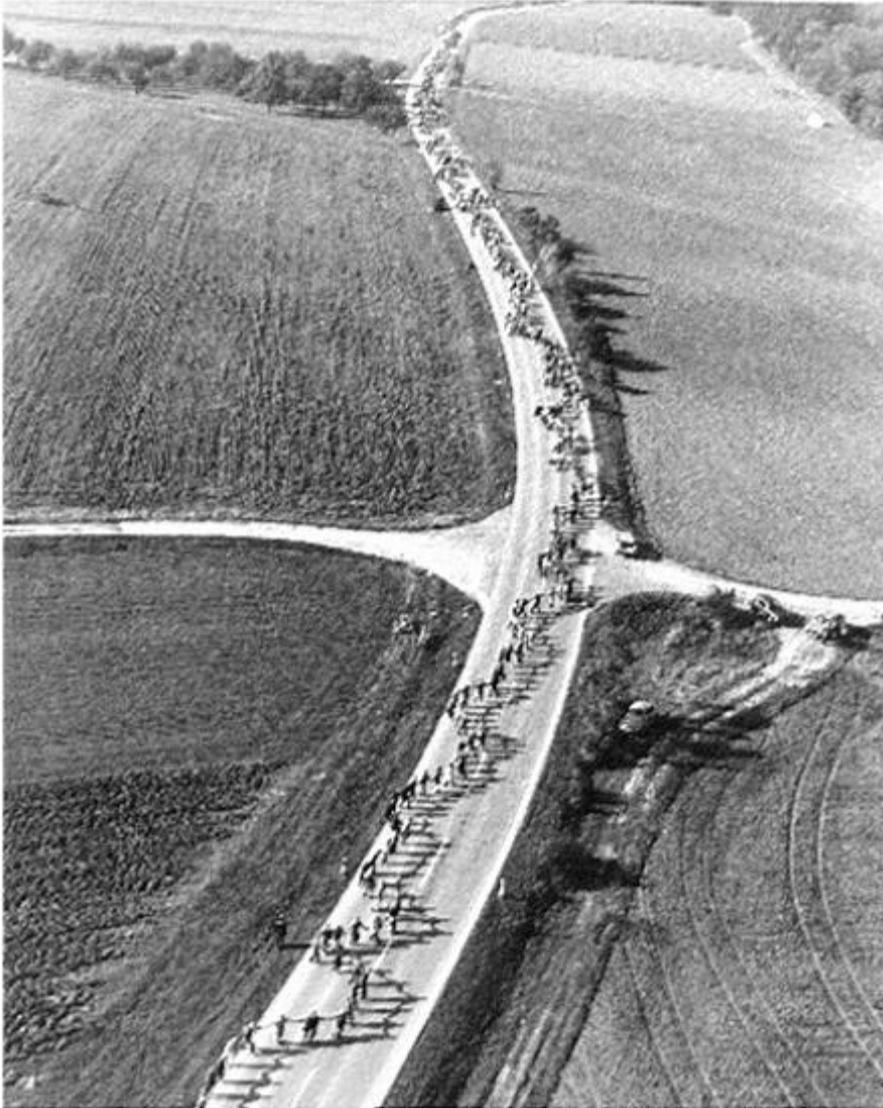
Dokumentation im Dezember 2008 bei www.stattweb.de eingerichtet werden und wird dort dankenswerter Weise regelmäßig aktualisiert. Die Initiative dokumentiert hier wichtige Arbeitsergebnisse und Hintergrund-Informationen in chronologischer Form.

www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf



INITIATIVE
GEGEN ▼ MIL
ITÄRFORSCH
UNG ▼ ANUNI
VERSITÄTEN

Widerstand und Geduld



**Menschenkette gegen
die Stationierung von
Atomraketen am
22. Oktober 1983
von Stuttgart nach Ulm**

Friedensbotschaft Zivilklausel
Dietrich Schulze
Friedensdekade 2012 Karlsruhe
Dietrich-Bonhoeffer-Haus, 21.11.2012

Perspektiven Zivilklausel

- ▶ Bundesweites Bündnis „Hochschulen für Frieden - Ja zur Zivilklausel“ stärken
- ▶ Landesweite Vernetzungen voranbringen (BaWü z.B. über DFG-VK angefangen)
- ▶ Arbeitskreise an Unis schaffen oder aktivieren
- ▶ Zivilklausel in Hochschulgesetze (NRW, MV, Hessen, Brandenburg, BaWü mit KIT-Gesetz, ...)
- ▶ Vernetzung „Militärfreie Schulen und Hochschulen“ Aktionstage 13.-15. Juni 2013 angepeilt
- ▶ Vernetzung mit Abrüstungsinitiativen wie Aktion Aufschrei
- ▶ Kooperation von Organisationen wie BdWi und NatWiss verbessern



Allgemein-Konkret: Nieder mit den allgegenwärtigen Militarismus!

Wir haben keine Chance - Nutzen wir sie!

Perspektiven Zivilklausel

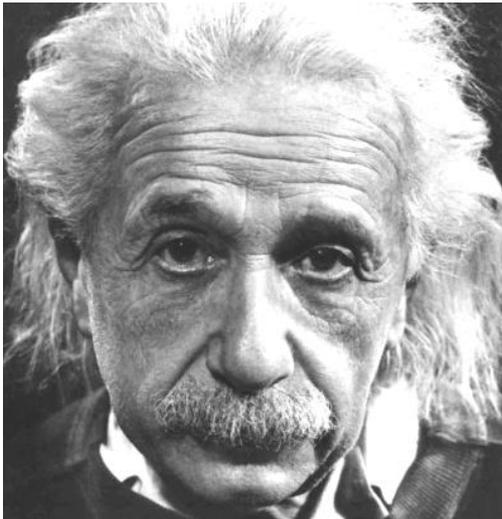
last not least

- ▶ Demo Ernst-Abbe-Oberschule in Berlin-Neukölln
»Militär raus den Schulen – Solidarität und freie Bildung«. **SchülerInnenvertretung will Zivilklausel für die Oberschule (ND-Bericht 13.04.)**
- ▶ **Berliner Schülervvertretung fordert Zivilklausel:**
Keine Jugendoffiziere im Unterricht. jW-Gespräche 12.01. und 12.04. mit Ben Geier, Schulsprecher der Ernst-Abbe-Schule

Verantwortung Mut und Ausdauer!

Du Forscher im Laboratorium.
Wenn sie dir morgen befehlen,
du sollst einen neuen Tod erfinden gegen
das alte Leben, dann gibt es nur eins:

Sag NEIN!



Albert Einstein
1879 - 1955



Wolfgang Borchert
1921 - 1947

**Verächtlich erscheint mir der Krieg.
Ich möchte mich lieber in Stücke
schlagen lassen, als mich an einem
so elenden Tun beteiligen!**

›Freiheit der Wissenschaft‹ u. Kriegsforschung
Dietrich Schulze in 44. MV des BdWi
14. April 2013 TU Braunschweig